

Inhaltsverzeichnis

1. BITKOM
2. Bundesverband der Deutschen Industrie

BITKOM

**Bundesverband Informationswirtschaft,
Telekommunikation und Neue Medien
(BITKOM)**

Branche	IT & Kommunikation
Hauptsitz	Albrechtstraße 10 10117, Berlin
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.bitkom.org

Inhaltsverzeichnis

1 Überblick	2
2 Themen und Beispiele	3
3 Weiterführende Informationen	4
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	4
5 Einelnachweise	5

Überblick

Bitkom e.V. ist der Digitalverband der deutschen Informations- und Telekommunikationsbranche. Er hat nach eigenen Angaben rund 2200 Mitglieder, darunter neben den führenden deutschstämmigen Gesellschaften (z.B. SAP S.E. , Deutsche Telekom AG) mehr als 1000 Mittelständler und 500 Start-Ups. Zu den Mitgliedern gehören auch internationale Unternehmen wie Huawei, Google, Facebook bzw. deren deutsche Vertretungen. Auch Unternehmen, für deren Geschäftsmodelle Digitalisierung zunehmend relevant ist, sind Mitglieder.^{[1][2]} Bitkom ist Mitglied im [BDI Bundesverband der Deutschen Industrie](#) und bei [DIGITALEUROPE](#)^{[3][4]}.

Der Verband unterhält zwei Tochtergesellschaften; (1) die *Bitkom Servicegesellschaft* für kommerzielle Analysen, Beratung, Schulung und Veranstaltungen sowie (2) *Digital für alle*, eine steuerrechtlich gemeinnützige GmbH mit dem Zweck der Erhöhung von „Digitaler Teilhabe“, mithin für die Anwendenden-Kompetenz und die Steigerung der Nutzung digitaler Produkte.^[5]

Bitkom benennt im Lobbyregister mehr als 200 Personen, die mit der Lobbyarbeit betraut sind. Kein anderer Akteur gibt eine größere Zahl an. Auch mit den angegebenen 4,8 Mio Euro Ausgaben für die Lobbyarbeit gehört Bitkom zu den TOP 15 Lobbyakteuren in Berlin.^[6]

Zu den verfolgten Interessen des Unternehmensverbandes zählen z.B. die Stärkung von Verwaltungsdigitalisierung und Open Source, die überwiegend auch im Interesse weiterer Kreise der Gesellschaft sind. Zuallererst setzt sich Bitkom aber für die Geschäfte und Handlungsspielräume seiner überwiegend privatwirtschaftlichen Mitglieder ein. Vertreten werden Forderungen nach Regulierungsarmut

und deren aufwands-, berichts- und haftungsarmer Handhabbarkeit sowie Kostensenkungen z.B. für Strompreise (Industriekunden).^{[7][8]} Bitkom setzt sich für die Schaffung von Subventionen für Technologieentwicklung ein und dafür, dass deren Empfänger stärkeren Einfluss auf deren Verteilung erhalten (s.u.). Auch die Beschränkung von Arbeitnehmerrechten und die Aufweichung von Arbeitsschutzzvorschriften (Arbeitszeitregelung) gehören zu den Lobbyismuszielen (s.u.). Im Lobbyregister gibt Bitkom an, sich für rund 90 Vorhabenbereiche zu engagieren. Themen umfassen zum einen *Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Massenmedien oder Cybersicherheit*, aber auch *Öffentlichen Finanzen, Steuern und Abgaben*. Bitkom zielt im Interesse seiner Mitglieder auch auf viele Bereiche des Gemeinwesens, für das die Digitalisierung ganz überwiegend allenfalls ein Instrument ist: Politisches Leben, Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit, Parteien; Rechtspolitik; Strafrecht u.v.m.^[9].

Branchenspezifische Interessenkonflikte zwischen Bitkom und der Gesellschaft bestehen darüber hinaus zum Beispiel an folgenden Stellen:

- Datenverfügbarkeit (für privatwirtschaftliche Zwecke in der digitalisierten Wirtschaft) versus Datensparsamkeit, Privatsphäre und Datensouveränität der nutzenden Personen und Organisationen. Das betrifft praktisch alle digitalen Anwendungen, die während oder nach der Nutzung Daten mit Herstellern oder Dritten austauschen, also fast alle.^[10]
- Begrenzung von Herstellerpflichten für den Einsatz von Technologie und ggfs. daraus resultierender Haftung - versus Verbraucherschutz. Das betrifft zum Beispiel den Einsatz von KI.
- Sorgfaltspflichten bei Design und Vertrieb von Produkten, insbes. KI. Auch hier sollen Sorgfaltspflichten reduziert oder auf die Gesellschaft abgewälzt werden. Das betrifft z.B. Fragen der Bekämpfung organisierter Kriminalität, Exportkontrolle und staatliche Sicherheit.^[11]

2017 erhielt BITKOM den Negativpreis BigBrotherAward vom Verein Digitalcourage in der Kategorie Wirtschaft für "sein unkritisches Promoten von Big Data, seine penetrante Lobbyarbeit gegen Datenschutz und weil er [der Bundesverband] de facto eine Tarnorganisation großer US-Konzerne" sei.^[12] Bitkom war in der Folge an der Enquete Kommission des Bundestages zu „Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche, soziale und ökologische Potenziale“ beteiligt, die 2018 bis 2020 arbeitete.^[13]

Themen und Beispiele

EU KI-Verordnung - Sorgfaltspflichten und Haftung von Herstellenden, Begrenzung von Regulierung bei Biometrie

Bitkom forderte, dass bereits entwickelte KI von der Regulierung nicht betroffen sein soll. Besonderes Augenmerk galt dem automatisierten Fahren. Die Einstufung als Hochrisiko-KI – und die damit verbundene Regulierung – könne bereits dann wegfallen, wenn Hersteller in der „Gebrauchsanweisung“ die Nutzung für Hochrisiko-Zwecke untersagen.^[14]

Für die Klassifizierung als Hochrisiko-KI hatte Bitkom auch angeregt, dafür relevante biometrische Merkmale abschließend aufzuzählen.^[15] Derartige Regelungen führen leicht dazu, dass die technische Entwicklung neue Merkmale (oder neue Kombinationen davon) nutzbar macht und diese so lange legal angewendet werden dürfen, bis der Gesetzgeber sie ggfs. ergänzend sanktioniert.

Industriebestimmtes Europäisches Forschungsrahmenprogramm

„Bitkom fordert eine an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientierte Ausgestaltung des EU-Forschungsrahmenprogramms „FP10“. Für die Ausgestaltung des 10. FP sind aus Sicht von Bitkom eine ausreichende finanzielle Ausstattung in Höhe von 200 Mrd. Euro, die Ausrichtung auf anwendungsorientierte Forschung, die Einbindung der Unternehmen in die Gestaltung der Forschungsausschreibungen sowie eine bürokratiearme Ausgestaltung zentral.“ [\[16\]](#)

Das vorherige 9. Rahmenprogramm hingegen beinhaltete als Zielstellung nicht nur auf marktnahe Unternehmensförderungsinteressen zu fokussieren, sondern zielte im strategischen Planungsprozess vor allem auf digitalen und grünen Wandel, auf die gesamte Innovationskette und auf wissenschaftliche Exzellenz - für globale Herausforderungen unabhängig von Rentabilitätsaspekten. [\[17\]](#)

Einschränkung von Arbeitnehmerrechten - Leistungskontrolle und Überwachung

Der § 87 Abs. 1 Nr. 6 regelt hingegen, dass Technik für Überwachung und Leistungskontrolle von Arbeitnehmenden *grundsätzlich zustimmungspflichtig* durch Arbeitnehmervertretungen ist.

Bitkom fordert, „Das Mitbestimmungsrecht nach § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG sollte ... reduziert und auf die tatsächliche Nutzung von Daten zur Verhaltens- oder Leistungskontrolle der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschränkt werden.“ [\[18\]](#)

Einschränkung von Arbeitsschutzgesetzen - Arbeitszeit und Arbeitszeiterfassung ("Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen im Sinne von New Work")

Bitkom setzt für eine Aufweichung der Ruheregeln für Arbeitnehmer:innen ein. Es solle eine wöchentliche statt einer täglichen Höchstarbeitszeit gelten. Die Aufzeichnungspflicht der Arbeitgeber für Arbeitszeiten solle eingeschränkt werden. („Vertrauensarbeitszeit“ müsse möglich bleiben). [\[19\]](#)

Weiterführende Informationen

Internet- und IT- orientierte zivilgesellschaftliche Akteure, die Widersprüche zwischen Bürgerrechten, gesellschaftlichem Interesse und Herrschafts- bzw. Kapitalverwertungsinteressen von Staat und Branche thematisieren sind zum Beispiel [Algorithmwatch](#), der [Chaos Computer Club](#), [D64](#), [Digitalcourage](#) und [netzpolitik.org](#).

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Bitkom - Über uns](#) , Verbands-Website, abgerufen am 18.9.2024
2. ↑ [Bitkom-Mitgliederliste](#), abgerufen am 18.9.2024
3. ↑ [BDI-Mitglied Bitkom](#), BDI Verbands-Website, abgerufen am 22.10.2024
4. ↑ [DIGITALEUROPE - our national trade association members](#), Verbandswebsite, abgerufen am 22.10.2024
5. ↑ [Die Bitkom Gruppe](#) , Verbands-Website, abgerufen am 15.10.2024
6. ↑ [Lobbyregister des Bundestages](#), Abschnitt Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben, abgerufen am 18.9.2024
7. ↑ S. dazu die umfassende Lister der Interessenbereiche und Regelungsvorhaben, [Bitkom Eintrag im Lobbyregister des Bundestages](#)
8. ↑ S. dazu zum Beispiel das [Bitkom Positionspapier zum Kabinettsentwurf für den Bundeshaushalt 2025](#) , Verbands-Website, abgerufen am 22.10.2024
9. ↑ [Lobbyregister des Bundestages](#), [Bitkom Eintrag](#), Abschnitt Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche, abgerufen am 18.9.2024
10. ↑ Bitkom zur Datenstrategie der Bundesregierung - Verbandds-Website, abgerufen am 18.9.2024
11. ↑ Bitkom stellt zum Beispiel in den Raum, dass es den Herstellerpflichten genügen könne, in der Gebrauchsanweisung Hochrisiko Anwendungen auszuschliessen, um so den damit verbundenen Regulierungen für KI zu entgehen. S. dazu ebenfalls die [Bitkom Stellungnahme zu Art. 96 KI VO](#), [Lobbyregister des Bundestages](#) , abgerufen am 22.10.2024
12. ↑ [bigbrotherawards.de](#) Preisträger 2017 BITKOM, zuletzt abgerufen am 22.10.2024
13. ↑ [Bundestags-Website](#), abgerufen am 22.10.2024
14. ↑ [Bitkom Stellungnahme - Stakeholderdialog zu Leitlinien der EU-Kommission \(Art. 96 KI VO\)](#) , hier zum Beispiel zur Verzögerung der Anwendung von KI Einstufung bei KI nutzenden Fahrerassistenzsystemen s.4
15. ↑ ebendorf
16. ↑ [Lobbyregister des Bundestages](#), [Bitkom Eintrag](#), Konkretes Regelungsvorhaben 27
17. ↑ Thematisch fokussierte das vorherige [Programm Horizont Europa](#) hingegen auf fünf Kernmissionen unabhängig von kommerzieller globaler „Wettbewerbsfähigkeit“ privatwirtschaftlicher Akteure, nämlich: Anpassung an den Klimawandel, Krebs; Gesunde Ozeane und Gewässer, Klimaneutrale intelligente Städte, sowie Bodengesundheit und Ernährung.
18. ↑ [Lobbyregister des Bundestages](#), [Bitkom Eintrag](#), Interessen- und Vorhabenbereich 22, abgerufen am 18.9.2024
19. ↑ [Lobbyregister des Bundestages](#), [Bitkom Eintrag](#), konkretes Regelungsvorhaben 21, abgerufen am 18.09.2024

Bundesverband der Deutschen Industrie

Interessante Inhalte? Die [Lobbypedia](#) soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie [LobbyControl](#) jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der [LobbyControl-Gemeinschaft](#). [Dankeschön!](#)



Jetzt spenden!

BDI - Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Der **Bundesverband der Deutschen Industrie** ist der Spitzenverband der deutschen Industrieunternehmen, der Verband der Industrieverbände. Mit den zahlreichen Unternehmen im Hintergrund und einer großen Nähe zu den Entscheidern in der Bundesrepublik übt er großen Einfluß auf die deutsche Politik aus. 2021 lagen die Erträge des BDI bei 27,3 Mio. Euro, wovon 26,6 Mio. Euro auf Beitragseinnahmen entfielen.^[1] Der BDI wird außerdem vom Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. finanziell unterstützt, der im Präsidium des BDI vertreten ist.

BDI - Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.



Rechtsf eingetragener Verein
orm

Tätigkei Interessenvertretung der deutschen
tsbereic Gesamtindustrie
h

Gründu 19. Oktober 1949

ngsdat
um

Hauptsi Haus der Deutschen Wirtschaft, Berlin
tz

Lobbyb
üro

Lobbyb BDI/BDA The German Business
üro EU Representation, Rue du Commerce 31,
1000 Brüssel

Webadr bdi.eu
esse

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	7
1.1 Allgemeines	7
1.2 Förderkreis der Deutschen Industrie	7
1.3 Ausgewählte Mitgliedschaften	8
1.4 Public Private Partnership (PPP)	8
2 Fallstudien und Kritik	8
2.1 2022-23 Ablehnung des Entflechtungsinstruments zur Bekämpfung von Monopolmacht	8
2.2 2020-24: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten	9
2.3 2020: Corona-Pandemie als Vorwand	10
2.4 2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer	10
2.5 2015: Falsche Darstellung von TTIP-Studien	11
2.6 2011: BDI erhält Steuergelder	11
2.7 2011: Das Atommoratorium, Brüderle und Schnappauf	11
2.8 2006: Röttgen als Abgeordneter und BDI-Cheflobbyist	11
2.9 Lobbyisten in Ministerien	12
2.10 Bundesbeamte beim BDI	13
2.11 Seitenwechsel	13
3 Organisationsstruktur und Personal	13
3.1 Das Präsidium	13
3.2 Der Vorstand	14
3.3 Die Hauptgeschäftsführung	14
3.4 Mitgliedsverbände	14
3.5 Landesvertretungen	14

4 Geschichte	15
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	15
6 Einelnachweise	15

Lobbystrategien und Einfluss

Allgemeines

In seiner Selbstdarstellung heißt es: "Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie an die politisch Verantwortlichen. Er repräsentiert die politischen Interessen von über 100 000 Unternehmen mit gut acht Millionen Beschäftigten gegenüber Politik und Öffentlichkeit."^[2]

Der BDI gilt als wichtigste Lobbyvertretung der Branchen, wenn es um zentrale wirtschafts- und steuerpolitische Entscheidungen geht. Aufgrund der vielschichtigen Branchen innerhalb äußert sich der BDI häufig nur zu allgemeinen Punkten der Wirtschaftspolitik. Große Unternehmen versuchen ihn gleichzeitig in eigener Sache zu beeinflussen und ihn als Lobbyisten voranzuschicken.^[3]

Ludolf von Wartenberg, früherer BDI-Hauptgeschäftsführer :

"Sobald uns unsere Leute warnen und wir merken, dass etwas Größeres entsteht, informieren wir die Mitspieler in den Unternehmen. Wir formulieren in Abstimmung mit den Unternehmen die Auswirkungen für die Wirtschaft und setzen uns mit den Spitzen der Koalition oder dem federführenden Minister in Verbindung. Manchmal kann man auf diesem Weg ganz elegant eine Rakete entschärfen. Dieser ganze Prozess findet noch außerhalb der Öffentlichkeit statt - das wäre dann erst der nächste Schritt."

Gespräch mit Ludolf von Wartenberg am 14.01.2005, zitiert in: ^[4]

Förderkreis der Deutschen Industrie

Der BDI wird vom Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. unterstützt, der 1974 gegründet wurde und über 80 Unternehmen zu seinen Mitgliedern zählt.^[5] Der Verein fördert den Dialog mit Politikern und wendet sich aktiv sowohl an neu gewählte Abgeordnete als auch an die Vertreter von Regierung und Opposition. Mit seinen Mitteln unterstützt der Förderkreis darüber hinaus die wissenschaftliche Arbeit wirtschaftsnaher Einrichtungen, wie z.B. das [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW), das Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) sowie die Baden-Badener Unternehmergegespräche (BUG). Der Vorsitzende des Förderkreises ist kraft Amtes Präsidiumsmitglied des BDI. Vorsitzender des Förderkreises ist laut Eintrag im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg Markus Krebber, Vorstandsvorsitzender der [RWE](#) (Stand: 27.02.2023). Geschäftsführer ist Thomas Veit, Abteilungsleiter Finanzen, Mitglieder und zentrale Dienste beim BDI.^[6]

Der Förderkreis, dessen Zweck laut [Satzung](#) die nachhaltige Förderung der gesamtindustriellen Belange ist, hat sich nicht ins Lobbyregister eingetragen. In einem Brief an die Mitglieder des Förderkreises fordert dessen Geschäftsführer die Mitglieder auf, ihre Beiträge explizit nicht als Aufwendung im Sinne des Lobbyregistergesetzes abzurechnen.^[7] LobbyControl geht dagegen von einer Eintragungs-Pflicht ins Lobbyregister aus.^[8]

Ausgewählte Mitgliedschaften

Der BDI ist u. a. Mitglied der folgenden Organisationen:

- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). Diese bringt Wirtschaftsverbände, Unternehmen und einzelne Personen mit Abgeordneten - insbesondere Mitglieder von Bundestagsausschüssen - zusammen und ermöglicht damit die informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung. Der Stellv. Vorsitzende der Lobbyorganisation, Ludolf von Wartenberg, war Hauptgeschäftsführer des BDI.
- [Institut Finanzen und Steuern](#) (IFST). Monika Wünnemann, Abteilungsleiterin „Steuern und Finanzpolitik“, ist Mitglied des IFST-Vorstands, der ehem. Hauptgeschäftsführer Ludolf von Wartenbergs ist Vorsitzender des IFST-Kuratoriums
- Wirtschafts- und steuerrechtliche Vereinigung
- Gesellschaft zur Förderung des [Energiewirtschaftliches Institut](#) (EWI)
- Ostauusschuss der Deutschen Wirtschaft
- Wirtschaftspolitischer Club Deutschland
- Forum Zukunftsenergien
- Deutsche Gesellschaft für Gesetzgebung
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- Bündnis "Zukunft der Industrie"
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
- Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München
- Gesellschaft zur Förderung des [Energiewirtschaftliches Institut](#) (EWI)
- Förderverein des Instituts für das Recht der Wasser- und Entsorgungswirtschaft an der Universität Bonn
- Forum Luft- und Raumfahrt
- Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
- Pro Mobilität
- Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft
- Stifterverband

Public Private Partnership (PPP)

Der BDI hatte einen Vertreter, Hauptgeschäftsführer [Markus Kerber](#), in der sog. [Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland](#). Diese Expertenkommission bestand 2014-2015 und hat den Zweck private Investitionen in die öffentliche Infrastruktur ([Public Private Partnership](#) (PPP)) zu fördern.

Fallstudien und Kritik

2022-23 Ablehnung des Entflechtungsinstruments zur Bekämpfung von Monopolmacht

Ein Entwurf des Bundeswirtschaftsministeriums zur Verschärfung des Kartellrechts, das die Möglichkeit einer Entflechtung von marktmächtigen Unternehmen vorsieht^[9], wird vom BDI in einer Stellungnahme als „fatales Signal für De-Investitionen und De-Industrialisierung“ diffamiert.^[10] Nach Auffassung von LobbyControl bedeutet die Initiative genau das Gegenteil: „Mit der Schärfung der Instrumente zur Bekämpfung von Monopolmacht bekommen Innovation und Investition künftig bessere Chancen. Denjenigen, die etwas wagen und nicht ihre Märkte abschotten, wird der Rücken gestärkt.“^[11]

2020-24: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten

Im Januar 2024 übte BDI-Präsident Russwurm deutlich Kritik am Lieferkettengesetz, das noch vom EU-Parlament bestätigt werden muss. Das Gesetz enthalte „komplett wirklichkeitsfremde Vorstellungen“. [\[12\]](#)

Im Dezember 2023 einigten sich die Europäische Kommission, das Parlament und der Ministerrat nach 2-jährigen Verhandlungen auf ein europäisches Lieferkettengesetz, das Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards verpflichtet. Dazu äußerte sich BDI-Hauptgeschäftsführerin Tanja Gönner: „Der politische Kompromiss im Trilog-Verfahren bedroht Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Diversifizierung der europäischen Wirtschaft. Der BDI appelliert an Parlament und Rat, den Kompromiss abzulehnen“ [\[13\]](#)

Bei der Debatte um unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten hatte der BDI sich auf vielfältige Weise gegen eine gesetzliche Regelung auf nationaler und europäischer Ebene eingesetzt. [\[14\]](#)

Deutsches Lieferkettengesetz

Positionierung:

In öffentlichen Stellungnahmen kritisierte der BDI das Gesetzesvorhaben als zu weitreichend und wirtschaftsfeindlich. Insbesondere setzte der Verband sich dafür ein, die ursprünglich vorgesehene Tragweite des Gesetzes (= Ausmaß der betroffenen Unternehmen und der Grad der Verantwortlichkeit) zu begrenzen sowie Maßnahmen wie die zivilrechtliche Haftung ganz aus dem Gesetz zu streichen. [\[15\]](#)

Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „irreführend“. [\[16\]](#) So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erwecken „dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben“ dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: „Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten – und das ist zweifelsfrei möglich.“ Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „wirkungslos“. [\[16\]](#)

Lobbyarbeit:

Wie der Bericht „Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten“ der zivilgesellschaftlichen Organisationen Misereor, Brot für die Welt und dem Global Policy Forum zeigt, hatte der BDI „massiven Einfluss“ auf den deutschen Gesetzgebungsprozess geübt. [\[17\]](#) So verschaffte sich der Verband Gehör in höchsten Regierungskreisen: bei einer Videokonferenz mit der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (4. November 2020) oder einem Telefonat mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (12.02.2021). [\[18\]](#) Laut dem Bericht erhielten Gesprächsanfragen zivilgesellschaftlicher Initiativen hingegen zumeist Absagen oder wurden auf niedrigeren Arbeitsebenen bearbeitet. [\[19\]](#) Auch die Initiative Lieferkettengesetz kritisierte, dass das Lobbybemühen des BDI maßgeblich dafür gesorgt hatte, das Niveau des deutschen Lieferkettengesetzes zu senken. [\[20\]](#)

Neben Lobbytreffen nutzte der Verband auch Pressemitteilungen und direkte Stellungnahmen um seinen Positionen Gehör zu verschaffen. Den Referentenentwurf kritisierte der Verband damals als „dringend überarbeitungswürdig“ [\[21\]](#) Nach Aussagen der Initiative Lieferkettengesetz mit Erfolg: Anders als zunächst von Bundesarbeitsminister Heil (SPD) und Bundesentwicklungsminister Müller (CSU) vorgesehen, galt das finale Gesetz für weniger Unternehmen und schränkte die Sorgfaltspflichten stark ein. [\[22\]](#)

Auch als das deutsche Gesetz bereits beschlossen war, versuchte der Verband seine Umsetzung zu verhindern. In einer gemeinsamen Pressemitteilung (September 2022) des BDI mit dem [BDA](#), [HDE](#) und dem [DIHK](#) forderten Deutschlands größte Wirtschaftsverbände ein Belastungsmoratorium für die deutsche Wirtschaft, was auch beinhaltete, dass das Lieferkettengesetz aufgeschoben werden sollte. Dasselbe Narrativ wurde bereits während des Beginns der COVID-19 Pandemie von den Wirtschaftsverbänden verwendet. Dem Argument, die Wirtschaft könnte sich ein solches Gesetz nicht leisten wurde damals von führenden Ökonomen widersprochen. [\[17\]](#)

Europäisches Lieferkettengesetz

Auch beim europäischen Lieferkettengesetz, das ambitioniertere Maßnahmen als sein deutsches Pendant geplant hatte, signalisierte der BDI Widerstand. In einer Pressemitteilung vom 15.12.2021 kritisierte der Verband insbesondere den Gesetzesaufschlag vom europäischen Parlament als viel zu weitreichend. [\[23\]](#) Noch im Juli 2020 hatte der [Seitenwechsler](#) und BDI-Geschäftsführer [Joachim Lang](#) das deutsche Gesetz als „nationalen Sonderweg“ kritisiert und darauf verwiesen, dass es daher eine europäische Lösung bräuchte. Unveröffentlichte Lobbybriefe, die Misereor und Global Policy Forum vorliegen, sollen zeigen, dass das Argument schon damals nur ein Vorwand gewesen sei, um ein deutsches Gesetz zu verhindern. [\[19\]](#)

Dies deckt sich mit der Antwort des Verbands beim Konsultationsverfahren der EU-Kommission zu der Frage, ob ein europäisches Gesetz überhaupt notwendig sei. Laut dem BDI bestand damals kein Handlungsbedarf, seine Antwort lautete: „*no action necessary*“. [\[19\]](#) Das Gesetzesvorhaben wurde dennoch weiter verfolgt. Einem Bericht von Corporate Europe Observatory zufolge, setzte sich der BDI im weiteren Gesetzgebungsverfahren mithilfe seines europäischen Dachverbandes [BusinessEurope](#) bei einem Meeting mit dem EU-Kommissar Breton für eine Begrenzung der Sorgfaltspflichten ein. Der Bericht zeigt auch, dass Europäische Dachverbände wie [BusinessEurope](#) gezielt Lobbyarbeit beim [Ausschuss für Regulierungskontrolle](#) (AfR) betrieben hatten. Sowohl die Positionen des EU-Komissars Thierry Breton und die des AfR stehen dem Bericht zufolge denen der Wirtschaft nahe und boten somit bessere Einflussmöglichkeiten als andere Kanäle. [\[24\]](#)

2020: Corona-Pandemie als Vorwand

Die Lobbyisten vieler Industriezweige verpacken alte Forderungen neu oder nutzen die Corona-Krise, um bereits getroffene Vereinbarungen infrage zu stellen, obwohl es in vielen Fällen keinen Zusammenhang mit dem Gesundheitsnotstand gibt. Darüber berichtet Corporate Europe Observatory: In einem Schreiben an die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gefordert, die Einführung einer Datenbank für gefährliche Chemikalien wegen der Corona-Krise zu verschieben. Die Datenbank soll mehr Transparenz für Verbraucher und Hersteller schaffen. Außerdem will der BDI das Verbot von Perfluorooctansäure (PFOA), einer extrem persistenten Chemikalie, aufschieben. Studien haben PFOA mit einigen Krebsarten in Verbindung gebracht, zum Beispiel mit Nieren- und Hodenkrebs. Dieses Verbot soll im Juli 2020 in Kraft treten. Das Verbot ist bereits seit fünf Jahren in Vorbereitung. [\[25\]](#)

2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

Der BDI, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben. [\[26\]](#)

2015: Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Der BDI hat fehlerhafte Angaben auf seiner Homepage und in mehreren Publikationen zu **TTIP** zugegeben. Konkret hieß es auf der Homepage des BDI laut Spiegel online, „dass EU und USA jeweils mit rund 100 Mrd. Euro Wirtschaftswachstum pro Jahr rechnen können“^[27], dabei ging die CEPR-Untersuchung von einem Anstieg des europäischen BIP um ca. 0,5 Prozent in einem Zeitraum von 10 Jahren aus.

2011: BDI erhält Steuergelder

Der BDI und seine Mitgliedsverbände haben in den Jahren 2010 und 2011 insgesamt 17 Mal Fördermittel des Bundes in Höhe von insgesamt 4,3 Millionen Euro erhalten. Die Angaben stammen laut „Kölner Stadt-Anzeiger“ (Samstagausgabe) aus einer Antwort des Staatssekretärs im **Bundeswirtschaftsministerium**, **Stefan Kapferer**, auf eine Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten Heinz-Peter Haustein.^[28]

2011: Das Atommoratorium, Brüderle und Schnappauf

Der damalige Bundeswirtschaftsminister **Rainer Brüderle** (FDP) nahm am 14. März 2011 an einer Sitzung des BDI teil. Über solch ein Treffen wird Protokoll geführt. Die Süddeutsche Zeitung gelangte an das Sitzungsprotokoll und veröffentlichte die Äußerung Brüderles, wonach er die vorübergehende Abschaltung älterer Atomkraftwerke mit dem Wahlkampf in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz begründet hat.^[29] Die Sätze fielen an dem Tag, an dem Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) das Atommoratorium verkündete. Der Hauptgeschäftsführer des BDI, **Werner Schnappauf**, ist daraufhin zurückgetreten. Oppositionspolitiker Trittmann meinte dazu: "Nun opfert der BDI für seinen Kumpel Rainer Brüderle den Hauptgeschäftsführer."^[30]

2006: Röttgen als Abgeordneter und BDI-Cheflobbyist

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Der ehemalige Bundesumweltminister Norbert Röttgen ließ sich im Mai 2006 für das BDI-Amt des Hauptgeschäftsführers, des Cheflobbyisten der deutschen Industrie, nominieren. Bundestagsabgeordneter wollte er parallel dazu bleiben. In einem Schreiben an die CDU-Mitglieder seines Wahlkreises Rhein-Sieg kündigte er an, er werde sein Mandat "selbstverständlich bis zum Ende dieser Wahlperiode weiterführen". Nach heftiger Kritik an seiner geplanten Doppelfunktion, auch aus den Reihen des Industrieverbandes, hatte Röttgen auf den BDI-Posten verzichtet.^[31]

Lobbyisten in Ministerien

Der BDI hatte je einen "externen Mitarbeiter" im Außen- und Wirtschaftsministerium, wobei der Lobbyist im Außenministerium offiziell noch bis zum 30.09.2011 bei der Außenwirtschaftsförderung mitarbeitet. Seit September 2010 ist im Rahmen eines Austauschprogrammes ein Referent des BDI im Entwicklungsministerium tätig.

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006
Mitarbeiter	k.A.
Bearbeitete Themen	k.A.
Zeitraum	Mindestens von 2003 bis April 2008
Mitarbeiter	Bis 2004 von der Bayer AG; 2004 bis 2006 Siemens AG; Ab 2007 VW AG.
Bearbeitete Themen	Je ein/e IndustriereferentIn an der deutschen Botschaft in Peking.
Zeitraum	Mindestens von 2003 bis April 2008
Mitarbeiter	Bis 2005 Deutschen Telekom AG; 2005 bis 2006 Deutsche Bank AG; Ab 2007 Lufthansa AG.
Bearbeitete Themen	Je ein/e IndustriereferentIn an der deutschen Botschaft in Tokio.
Zeitraum	01.10.2009 bis 30.09.2011
Mitarbeiter	Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im BDI
Bearbeitete Themen	Referat 402 (Instrumente der Außenwirtschaftsförderung, Verbände, Kammern, Bundesagentur für Außenwirtschaft, Messen), Investitionsgarantien, Außenwirtschaftsförderung, Öffentlichkeitsarbeit
Zeitraum	01.10.2011 bis 30.09.2013
Mitarbeiter	Referent in der Abteilung Umwelt und Technik im BDI
Bearbeitete Themen	Investitionsgarantien, Organisation von Projekten der Außenwirtschaftsförderung und der strukturellen Verbesserung der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden

Im Zuge eines **Austauschprogrammes** waren Beamte des Auswärtigen Amtes beim BDI beschäftigt.

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	01.01.2008 – 31.03.2008
Mitarbeiter	Mitarbeiter/in im Bereich Nationales Vergaberecht
Bearbeitete Themen	Einsatz im Bereich Wettbewerbs-, Regulierungs- und Privatisierungspolitik, Tätigkeit im Bereich Wettbewerbsrecht

Lobbyisten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Zeitraum	15.09.2010 - 14.09.2012
Mitarbeiter	Teilnehmer des Austauschprogramms zwischen BMZ und BDI (s.u.) Einsatz im Referat 414 (OECD/DAC, G7/G8/G20; Zusammenarbeit mit anderen

Bearbeitete Themen	Gebern; ODA-Statistik) Mitarbeit im Bereich „G8/G20 und andere Geber“, Unterstützung bei Erstellung von BMZ-Positionen ^[40] Auf eine kleine Anfrage der Linken wurde letzteres abgeschwächt auf "Er unterstützt [...] vorwiegend dabei, die Erstellung des diesjährigen G8 Accountability-Berichts innerhalb des BMZ zu koordinieren und die Sitzungen der G20 Arbeitsgruppe Entwicklung vorzubereiten ^[39]
Zeitraum	April 2011 - voraussichtlich März 2013 ^[41]
Mitarbeiter	Ein sogenannter Austauschreferent vom BDI

Bearbeitete Themen	Der Mitarbeiter des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) Ralf Retter ist laut einer Veranstaltungskündigung vom April 2011 als BMZ-Referent für die Vorbereitung von G-8-, G-20- und Sherpa-Treffen verantwortlich. Bei drei Sitzungen der G-8-Arbeitsgruppe Rechenschaftslegung vertrat der BDI-Mitarbeiter sogar eigenständig einen Referatsleiter des BMZ. Beim Ministerium heißt es, der BDI-Mitarbeiter treffe "keine eigenständigen Entscheidungen" und unterstütze "lediglich die Arbeit der Fachreferenten des BMZ".
---------------------------	--

Bundesbeamte beim BDI

Ein Mitarbeiter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurde mindestens für den Zeitraum von Juni 2006 bis Oktober 2007^[42], und von September 2010 bis September 2012 dem BDI zugewiesen.^[43]

Seitenwechsel

David Kristen, Büroleiter von Michael Müller, SPD (MdB, ehem. Regierender Bürgermeister von Berlin) wird Referent für Strategische Planung und Koordination beim BDI.^[44]

Organisationsstruktur und Personal

Das Präsidium

Das [Präsidium](#) besteht aus dem Präsidenten, seinem gewählten Nachfolger, seinem unmittelbaren Vorgänger sowie 7 weiteren Stellvertretern und der Schatzmeisterin (Vizepräsidenten), ferner 15 vom Vorstand zu wählenden Mitgliedern. Weitere Mitglieder kraft Amtes sind der Vorsitzende des Förderkreises der Deutschen Industrie e.V., der Präsident des [Instituts der deutschen Wirtschaft](#) und der Vorsitzende des BDI-Mittelstandsausschusses. Das Präsidium kann bis zu 25 weitere hervorragende Persönlichkeiten der Industrie als Präsidiumsmitglieder hinzuwählen, ferner sind durch die Satzung gegenseitige Vertreter im Präsidium des BDI und der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA) vorgesehen. Das Präsidium kann auf Vorschlag des Präsidenten die BDI-Hauptgeschäftsführerin für die Dauer ihrer Tätigkeit hinzuwählen. Ständige Gäste im Präsidium sind die Präsidenten/Vorsitzenden der BDI-Landesvertretungen, die kooptierten Vorstandsmitglieder des Förderkreises der Deutschen Industrie, die BDI-Rechnungsprüfer, die Vorsitzenden der BDI-nahen Initiativen econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft, Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) und German Health Alliance

(GHA), der Präsident und der Hauptgeschäftsführer der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA), der Präsident des [Deutschen Industrie- und Handelskammertag](#) (DIHK), der Direktor des [Instituts der deutschen Wirtschaft](#) sowie die Vorsitzenden der folgenden BDI-Regionalinitiativen: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA), Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (APA), Subsahara Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI), Lateinamerika-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (LADW) und Nordafrika Mittelost Initiative der Deutschen Wirtschaft (NMI).

Der Vorstand

Der [Vorstand](#) besteht aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten sowie den Vorsitzenden der Mitgliedsverbände bzw. einem beauftragten Vorstandsmitglied ihres Verbandes.

Die Hauptgeschäftsführung

Der Hauptgeschäftsführer ist der Chef-Lobbyist des Verbandes.

Funktion Name

Hauptgeschäftsführerin Tanja Gönne Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2012-2022 Vorstandssprecherin der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), davor Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Baden-Württemberg (CDU)

Stellv.

Hauptgeschäftsführer Holger Lösch (er)

Quelle: [\[45\]](#) (Stand: 02/2023)

Mitgliedsverbände

[Mitglieder](#) im BDI sind Wirtschaftsverbände, die Spitzenvertretung einer gesamten Industriebranche oder industrienahen Dienstleistungsgruppe für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland sind. Der BDI vertritt derzeit 39 Branchenverbände, inklusive einer Arbeitsgemeinschaft bestehend aus 6 Verbänden, die sich die Mitgliedschaft teilen. Über Aufnahmeanträge entscheidet der Vorstand. Eine unmittelbare Mitgliedschaft von Unternehmen ist nicht möglich. Diese können jedoch die Mitgliedschaft im Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. beantragen.

Landesvertretungen

- Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie
- [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw)
- Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg (UVB)
- Die Unternehmensverbände im Lande Bremen
- IVH - INDUSTRIEVERBAND HAMBURG
- Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU)
- Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern (VUMV)
- Unternehmerverbände Niedersachsen (UVN)
- Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen (unternehmer nrw)

- Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU)
- Vereinigung der Saarländischen Unternehmensverbände (VSU)
- Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft (VSW)
- Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt (AWSA)
- UV Nord - Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein
- Verband der Wirtschaft Thüringens (VWT)

Quelle:^[46]

Geschichte

Der BDI wurde am 19. Oktober 1949 als »Ausschuss für Wirtschaftsfragen der industriellen Verbände« gegründet, eine Woche nach der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Vorbild war der »Reichsverband der deutschen Industrie«, der von 1919 bis 1933 existiert hatte. Ende Januar 1950 erfolgte die Umbenennung in »Bundesverband der Deutschen Industrie«.^[47] Es gab schon mehrfach Bestrebungen, den Verband mit der **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)** zu vereinigen, die aber trotz der großen räumlichen sowie ideologischen Nähe bislang immer scheiterten.^[48] In einem internen Strategiepapier aus dem Jahr 2015, das das "Manager Magazin" auszugsweise zitierte, hieß es dazu, dass die getrennte Aufstellung der zwei Spitzenverbände BDA und BDI "nicht mehr zukunftsfähig" sei und den Anforderungen an Lobbying auf EU-Ebene nicht genüge, da sie in den europäischen Institutionen niemand verstünde.^[49]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2021](#), lobbyregister.de, abgerufen am 08.11.2022
2. ↑ [BDI-Webseite](#) abgerufen am 19.07.2011
3. ↑ Haacke, Eva(2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf(Hrsg.): Die fünfte Gewalt - Lobbyismus in Deutschland - Bonn, S. 173f
4. ↑ Haacke, Eva(2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf(Hrsg.): Die fünfte Gewalt - Lobbyismus in Deutschland - Bonn, S. 175
5. ↑ [Förderkreis der Deutschen Industrie](#), industrie-foerderkreis.de, abgerufen am 27.02.2023
6. ↑ [Förderkreis der Deutschen Industrie](#), industrie-foerderkreis.de, abgerufen am 02.03.2023
7. ↑ [Umgeht der BDI mit seinem Förderkreis dass Lobbyregister?](#), businessinsider.de vom 05.04.2022, abgerufen am 02.03.2023
8. ↑ [Umgeht der BDI mit seinem Förderkreis dass Lobbyregister?](#), businessinsider.de vom 05.04.2022, abgerufen am 02.03.2023
9. ↑ [Bundeswirtschaftsministerium legt Entwurf zur Verschärfung des Wettbewerbsrechts vor](#), bmwk.de vom 20.09.2022, abgerufen am 12.01.2023
10. ↑ [Referentenentwurf für ein Wettbewerbsdurchsetzungsgesetz](#), bdi.eu vom 12.10.2022, abgerufen am 12.01.2023

11. ↑ [Kartellrecht. BDI verteidigt Monopolinteressen und übergeht den Mittelstand](#), lobbycontrol.de vom 06.12.2022, abgerufen am 12.01.2023
12. ↑ [bdi-besorgt-ueber-wirtschaftsflaute](#), zeit.de, dpa-Meldung vom 16.01.2024, abgerufen am 17.01.2024
13. ↑ [eu-lieferkettenkompromiss-bedroht-europaeische-wirtschaft](#), bdi.eu/presse vom 14.12.2023, abgerufen am 17.01.2024
14. ↑ Beim Lieferkettengesetz, geht es darum Unternehmen zu verpflichten entlang ihrer Wertschöpfungskette Maßnahmen zu ergreifen die Einhaltung von Umweltschutzstandards und Menschenrechten zu wahren
15. ↑ [Gemeinsame Pressemitteilung von BDI, BDA und DIHK anlässlich der Diskussion um ein nationales Lieferkettengesetz](#) bdi.eu vom 03.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
16. ↑ [16,016,1 Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
17. ↑ [17,017,1 Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
18. ↑ [Drucksache 19/28193 S. 52](#), dserver.bundestag.de, abgerufen am 07.11.2022
19. ↑ [19,019,119,2 Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz](#), Global Policy Forum & Misereor, February 2022. globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
20. ↑ [Wirtschaftslobby kämpft gegen wirksames europäisches Lieferkettengesetz](#) lieferkettengesetz.de vom 21.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
21. ↑ [Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten](#) bdi.eu vom 28.02.2021, abgerufen am 07.11.2022
22. ↑ ["Noch nicht am Ziel, aber endlich am Start" – Kommentar zum Beschluss des Lieferkettengesetzes](#) vom 11.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
23. ↑ [Auf dem Weg zu einem europäischen Lieferkettengesetz](#) bdi.eu vom 15.12.2021. abgerufen am 07.11.2022
24. ↑ [Inside Job](#) corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 07.11.2022
25. ↑ [25 March: Less transparency on chemicals linked to cancer](#) corporateeurope.org, Corona Lobby Watch vom 01.05.2020, abgerufen am 18.03.2023
26. ↑ [Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen!](#) Pressemitteilung der DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 18.12.2015
27. ↑ [Freihandelsabkommen: Industrieverband räumt falsche Angaben über TTIP ein](#), Spiegel Online, abgerufen am 13.04.2015
28. ↑ [BDI erhält Millionen Fördermittel des Bundes](#) euronews.net vom 16.07.2011, abgerufen am 20.07.2011
29. ↑ ["...und die Entscheidungen daher nicht immer rational"](#) sueddeutsche.de vom 24.03.2011, abgerufen am 19.07.2011
30. ↑ [Bauernopfer für Brüderle](#) taz vom 26.03.2011, abgerufen am 19.07.2011
31. ↑ [Röttgen soll Fraktionsgeschäftsführer bleiben](#) Spiegel-Online vom 22.07.2006, abgerufen am 20.07.2011
32. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien"
33. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf schriftliche Fragen (Nr. 1, 8, 11, 28) von Gesine Lötzsch (Die LINKE) zum Einsatz externer Mitarbeiter in Bundesbehörden aus der Woche vom 19. Mai 2008. Letzter Zugriff: 07.10.2011

34. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf schriftliche Fragen (Nr. 1, 8, 11, 28) von Gesine Lötzsch (Die LINKE) zum Einsatz externer Mitarbeiter in Bundesbehörden aus der Woche vom 19. Mai 2008. Letzter Zugriff: 07.10.2011
35. ↑ [Bundesministerium des Innern: Vierter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Juli 2009 – 31. Dezember 2009, Stand 31.03.2010](#)
36. ↑ [Achter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Juli 2011 – 31. Dezember 2011](#) Bundesministerium des Inneren, Stand 15.03.2012
37. ↑ [37.037,1](#) Neunter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Januar 2012 – 31. Juni 2012 Bundesministerium des Inneren, Stand 15.03.2012
38. ↑ [Bundesministerium des Innern: Erster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung \(pdf\)](#), Berichtszeitraum 01. Januar 2008 – 31. August 2008, Stand 29.09.2008, letzter Zugriff 09.09.2011
39. ↑ [39.039,1](#) Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011
40. ↑ [Bundesministerium des Inneren: Sechster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01.07.2010- 31.12.2010, Stand: 21.03.2011](#)
41. ↑ [\[1\] BDI-Lobbyist vertritt Regierung auf G-8-Planungstreffen.](#) Letzter Zugriff: 25.04.2012
42. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
43. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011
44. ↑ [Kristenbdi.eu](#), abgerufen am 23.05.2025
45. ↑ [Hauptgeschäftsführung](#), bdi.eu, abgerufen am 27.02.2023
46. ↑ [BDI-Webseite](#) abgerufen am 20.07.2011
47. ↑ [BDI-Webseite 60 Jahre BDI](#) abgerufen am 20.07.2011
48. ↑ [Fusion der Spitzenverbände: BDI und BDA Angst vor der eigenen Courage](#), Der Tagesspiegel, 28. August 2016, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
49. ↑ "Nicht zukunftsähig". BDI - Eine Fusion mit der BDA scheitert, Geschäftsführer Kerber ist auf dem Absprung.", Manager Magazin, Ausgabe vom September 2016, Seite 8